

# Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 25 32

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

14. Januar 1919

## Die Vergesellschaftung des deutschen Bergbaues<sup>1)</sup>

ist am Ende der Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte mit Dringlichkeit beschlossen worden. Da auch von besonnenen Volkswirtschaftlern die Sozialisierung wenigstens eines Teiles des Bergbaues, des Steinkohlenbergbaues, als möglich bezeichnet wird, seien die gegenteiligen Ausführungen des Bergwerksdirektors Paul Firlé in B. B.-Z. auszugsweise wiedergegeben.

Die sofortige Sozialisierung — das gilt natürlich für alle etwa dafür in Betracht kommenden Industriezweige — ist, wie schon Dr. A. Müller vom Reichswirtschaftsamt gesagt hat, eine Dummheit oder gar eine bewußte, dann aber nicht scharf genug zu verurteilende, Dienstleistung gegenüber dem feindlichen Auslande, dem durch die sofortige Verstaatlichung privater Unternehmungen bessere und größere Unterpfänder für seine Forderungen geschaffen werden.

Die wesentlichsten Folgen der Sozialisierung des Bergbaues an sich, d. h. ganz unabhängig von dem Zeitpunkt ihrer Durchführung, sieht Firlé einmal in der Erweckung größerer Begehrlichkeit der Arbeiter hinsichtlich ihrer Forderungen auf niedrige Arbeitszeit und hohen Lohn, sodann in dem unvermeidlichen Bürokratismus des Staatsbetriebes, der in gleicher Richtung wie der erstgenannte Umstand, nämlich auf Erhöhung der Selbstkosten und Verringerung der Förderleistung und des Ertrages wirkt.

Den Beweis hierfür liefert die bisherige Entwicklung des staatlichen Bergbaues im Vergleich zu der des privaten, wobei aber noch besonders in Betracht kommt, daß bei einer Verstaatlichung sämtlicher Betriebe der bisherige Ansporn durch privaten Wettbewerb hinwegfallen würde. Die Einführung wichtiger technischer Neuerungen im Bergbau ging bisher fast immer vom privaten Bergbau aus; erst wenn sich die Neuerungen dort jahrelang bewährt hatten, konnte mit einer Einführung im staatlichen Bergbau gerechnet werden.

Zu der Frage, wie der also sicher zu erwartende Rückgang des Ertragnisses wirken wird, d. h. ob auch unter den veränderten Verhältnissen der praktische Hauptzweck der Sozialisierung, die Zuführung hoher Einkünfte zu den Staatskassen, erreicht wird, führt Firlé folgendes aus:

„Von den Ergebnissen der etwa 750 deutschen Bergwerke dürften nur ungefähr etwa 100—150 der deutschen Öffentlichkeit bekannt sein, während alle anderen Ergebnisse nur einem kleinen Kreise Vertrauter bekannt sind. Die Presse beschäftigt sich nur mit den größeren und größten Unternehmungen und hier nur mit den an der Börse eingeführten meist gutgehenden Werken, während der Arbeit der mittleren und kleinen Werke mit ungünstigen Erträgen keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt wird, trotzdem diese die Mehrzahl sein dürften. Von den bekannten Ergebnissen ist ein geringer Teil unbefriedigend, während der größere Teil gute und zum Teil sehr hohe Erträge liefert. Die guten bzw. sehr hohen Erträge sind in vielen Fällen nicht das Ergebnis der Arbeit der letzten Berichtsjahre, sondern es wirken meist die Erträge einer ganzen Reihe früherer Jahre mit, in denen die Gewinne zu inneren Abschreibungen und Rückstellungen benutzt wurden, um die Lage der Gesellschaften auch für schwere Zeiten zu stärken.“

Wo diese Aufhäufung von Gewinnen gewisse Grenzen überschritten hat, lassen sich später große Gewinnverteilungen nicht umgehen, trotzdem oft die Ergebnisse der betreffenden Jahre nur mittlere oder gute Erträge liefern würden, wenn in früheren Jahren alle Gewinne — dem Sinne des Gesetzes entsprechend — zur Ausschüttung gelangt wären.

Vielfach findet man auch, daß Bergwerksgesellschaften, die jetzt hohe Erträge bringen, in früheren Jahren einmal, oft auch mehrere Male, einer Sanierung durch Zusammenlegung unterworfen worden sind, und daß der jetzige Ertrag nur eine bescheidene Verzinsung des früher hineingesteckten und durch Zusammenlegung zum Teil vernichteten Kapitals bedeutet.

Andere Gesellschaften haben ihr Kapital oft erhöht und die jungen Aktien zu einem Vielfachen des Parikurses ausgegeben, so daß der Ertrag nur scheinbar so hoch ist, wie er sich in den Gewinn- und Verlustrechnungen darstellt. Berücksichtigt man alle diese Ursachen, so ergibt sich für den fachmännischen Beurteiler, daß selbst die besten unserer Bergwerksgesellschaften kaum wesentlich mehr als durchschnittlich 6—8% Ertrag bringen, und daß

nur einzelne Ausnahmen unter besonderen Voraussetzungen günstiger arbeiten. Dies betrifft die ertragreichen Bergwerke.

Neben den ertragreichen Bergwerken dürfte es aber 250—300 Bergwerke in Deutschland geben, die mit geringen Erträgen und ertraglos arbeiten, und weitere 150—200 Bergwerke dürfte es geben, die mit größeren oder kleineren Verlusten arbeiten. Wenn derartige Bergwerke während des Krieges vorübergehend besser gearbeitet haben, weil die stürmische Nachfrage nach Brennstoffen jede Preisgrenze überflüssig machte, so ist dies nur eine vorübergehende Erscheinung, und im Frieden werden diese Bergwerke unter den Wirkungen des uneingeschränkten Wettbewerbes im Inland und auf dem Weltmarkte in ihre Ertraglosigkeit oder in ihre verlustreiche Arbeit zurücksinken.

Will nun der Staat unseren gesamten Bergbau, also auch die kleinen Braunkohlenwerke (etwa 150), die zum großen Teil mit geringen Erträgen oder mit mehr oder weniger großen Verlusten arbeiten, mit übernehmen, oder will er einen Teil des Bergbaues von der Übernahme ausschalten? Das letztere dürfte keinesfalls angängig sein, da von dem Staat, wenn er verstaatlicht, mit Recht verlangt werden kann, daß er sämtliche Werke übernimmt, zumal der Staat anstrebt, ein Monopol zu erreichen, was er nur durch Erwerb sämtlicher Bergwerke erreichen kann. Daß mit dem gesamten Bergbau zahlreiche und unendlich vielseitige Nebenbetriebe zusammenhängen, darf bei Beurteilung der Frage nicht übersehen werden. Ist der Staat aber gezwungen, den gesamten Bergbau mit sämtlichen Nebenbetrieben zu übernehmen und angemessen zu entschädigen, so dürfte nach Durchführung des Staatsbetriebes die durchschnittliche Rente des gesamten deutschen Bergbaues bei angemessenen, vom Weltmarkt abhängigen Preisen kaum annähernd den Ertrag des Zinsdienstes unserer Reichsanleihen bringen, und wir werden es erleben müssen, daß die Väter dieses Gedankens ihren Erfolg, besonders aber die dringliche Durchführung ihres Antrages verwünschen, wenn sie ehrlich und bereit sind, einen begangenen Fehler zu bekennen.

Auf der anderen Seite gehen durch eine Verstaatlichung die zukünftigen sehr erheblichen Steuererträge der mit Gewinn arbeitenden Bergwerke verloren.“

Wenn Vf. zum Schluß noch kurz die ungünstige Wirkung der Sozialisierung des Bergbaues auf Ausfuhr und Valuta streift, so möchten wir in Anbetracht der nationalwirtschaftlichen Bedeutung gerade dieser Fragen hierbei noch etwas verweilen.

Von den Erzeugnissen unseres Bergbaues, Erzen, Kohle und Kali kommen nur die letzten beiden Rohstoffe — wenigstens der über den Inlandsbedarf hinausgehende Teil — für die Ausfuhr in Betracht. Insoweit sind diese Rohstoffe unmittelbar und vollkommen von den an den Auslandsmärkten geltenden Preisen abhängig. Betreffs Kohle ist die Grenze der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland bald überschritten, und betreffs Kali gilt dasselbe, sobald durch Loslösung des Elsaß das deutsche Kalimonopol erschüttert ist. Die Verteuerung der im Inland verbrauchten Rohstoffe gelangt in den Preisen der mit ihrer Hilfe hergestellten Fertig-erzeugnisse zum Ausdruck, die ihrerseits auf den Weltmärkten abgesetzt werden sollen. Hohe Preise für Kali wirken hemmend auf ihren Verbrauch und damit auf die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft, die ohnehin bei einem unter dem jetzigen Regime zu erwartenden Wegfall des Zollschatzes zum Aufgeben des intensiven Wirtschaftssystems gezwungen sein würde. Die Folge hiervon würde sein, daß wir viel größere Lebensmittelmengen als vor dem Kriege aus dem Auslande beziehen müßten. Betreffs der Erze liegen die Dinge noch ernster. Hierin sind wir bekanntlich zu erheblichem Teil auf die Einfuhr angewiesen, da die heimische Förderung durchgängig bei weitem nicht dem Bedarf genügt, zumal wenn dieser, wie früher, auf Ausfuhr der daraus gewonnenen Halb- und Fertig-erzeugnisse zugeschnitten ist. Der deutsche Erzbergbau würde mithin, wenn er irgendwie ungünstiger arbeitete als bisher, Gefahr laufen, völlig zum Erliegen zu kommen.

Die Wirkung der Sozialisierung des Bergbaues würde also in einer Schädigung oder völligen Lahmlegung der Ausfuhr bei gleichzeitiger Steigerung der Einfuhr bestehen. Die Valuta jeweils wieder auf normalen Stand zu bringen, würde alsdann völlig ausgeschlossen sein. Dauernd hohe Preise für alle Bedarfsgegenstände und Massenauswanderung der werktätigen Bevölkerung würde die unausbleibliche Folge sein.

Zumal im jetzigen Augenblick, in dem durch eine völlig unhaltbare Lohnpolitik unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin von Grund aus erschüttert sind und ein Auslandswettbewerb unter den

<sup>1)</sup> Vgl. die Mitteilungen über die Vergesellschaftungspläne der Regierung in Angew. Chem. 31, III, 613, 625 u. 642 [1918].

obwaltenden Umständen gänzlich ausgeschlossen ist, würde die Verstaatlichung jeder Industrie zu den verhängnisvollen Experimenten gehören, die die Regierung nach Aussage des früheren preussischen Finanzministers Simon vermeiden will. *Sf.\*\**

## Gesetzgebung.

### (Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

**Vereinigte Staaten.** Die Brennstoffverwaltung der Union hat die Verordnung zurückgezogen, welche den Verkauf und die Ausfuhr von Koks über den Ozean untersagt, oder von einer Bewilligung der Verwaltung abhängig macht. *ll.*

**Mexiko.** Eisenbahntarife für Mineralien. Die mexikanischen Eisenbahnen haben die Tarife für den Transport gewisser für die Ausfuhr bestimmter Mineralien um 33% erhöht. (Agence Economique et Financière vom 13./12. 1918 nach dem Wall Street Journal.) *ll.*

**Brasilien.** Das Lebensmittelamt hat den gesamten Zucker von Pernambuco und Campos für den einheimischen Bedarf mit Beschlag belegt. (Ag. Econ. et Fin. vom 11./12. 1918.) *ar.*

**England.** Das Board of Trade Journal vom 19./12. 1918 veröffentlicht eine am 27./12. in Kraft tretende weitere Liste von Ein- und Ausfuhrerleichterungen, die sich jedoch nicht auf feindliche Länder erstrecken<sup>1)</sup>. *ar.*

**Niederlande.** Das Wirtschaftsabkommen mit den verbündeten Regierungen, das ursprünglich für die Dauer eines Jahres vorgesehen war, wird mit Friedensschluß aufgehoben. *ll.*

**Belgien.** Die Ein- und Ausfuhr von Gütern aller Art ist unter staatliche Aufsicht gestellt worden. (Telegraaf vom 18./12. 1918<sup>1)</sup>.) *dn.*

**Frankreich.** Durch Beschluß des Ministeriums für den industriellen Wiederaufbau wurde der freie Handel in rohem und bearbeitetem Blei wieder zugelassen. (Ag. Econ. et Fin. vom 17./12. 1918<sup>1)</sup>.) *ll.*

Als erste Erleichterung der Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiete der Verpflegung soll die Zuckerration um 50% erhöht werden. Voraussetzung ist indes, daß die Raffinerien mehr Kohlen und Transportmittel erhalten. (Matin vom 18./12. 1918<sup>1)</sup>.) *dn.*

Die Ausfuhr von photographischen Platten und Papieren sowie Seidenwaren aller Art soll künftig, wenn auch weiter im Einvernehmen mit den interalliierten Verträgen, liberaler gehandhabt werden. (Temps vom 18./12. 1918<sup>1)</sup>.) *dn.*

Häute von Pferden, Maultieren und Eseln unterliegen fortan der Beschlagnahme durch die Zivilbehörden, soweit sie nicht bereits von den Militärbehörden beschlagnahmt sind. (Ag. Econ. et Fin. vom 10./12. 1918<sup>1)</sup>.) *ar.*

**Deutschland.** Die Gültigkeitsfristen der Ausfuhrbewilligungen sind um drei Monate, also auf sechs Monate, verlängert worden. Unberührt hiervon bleibt die Gültigkeitsfrist der Ausfuhrbewilligungen für Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Preßkohlen. *on.*

## Wirtschaftsstatistik.

**Die Schwefelsäureindustrie in den Vereinigten Staaten.** In der letzten Zeit vor dem Waffenstillstand ist in Amerika infolge weitgehender Beschränkung der Pyriteinfuhr aus Spanien die Frage viel umstritten worden, ob der Kriegsbedarf der Schwefelsäureindustrie der Vereinigten Staaten an Schwefel ohne Zufuhr aus Spanien auf die Dauer befriedigt werden könnte oder nicht. Das New Yorker Engineering and Mining Journal beurteilt die Lage in seiner Nummer vom 31./8. 1918 dahin, daß es nie die Befürchtung geteilt habe, die amerikanische Schwefelsäureindustrie könnte während des Krieges bezüglich der Rohstoffversorgung in eine verzweifelte Lage geraten. Nach den vom Kriegsindustrieminister im August veröffentlichten zuverlässigen Zahlenangaben seien in den Schwefelgruben in Louisiana und Texas über 1 Mill. t Schwefel über Tage vorhanden. In den Vereinigten Staaten seien nun in der letzten Zeit des Krieges monatlich annähernd 120 000 t Schwefel verbraucht worden, so daß der vorhandene Vorrat für 8 Monate ausreichen würde, selbst wenn die Schwefelförderung gänzlich eingestellt werden sollte. Der Senatsausschuß für das Bergwerkswesen der Vereinigten Staaten sage in seinem Bericht, daß die Schwefelförderung der großen Bergwerke in Louisiana und Texas aber zweifellos noch außerordentlich gesteigert werden könnte, wenn dies erforderlich sei. Die Vereinigten Staaten besäßen unbegrenzte Schätze an Schwefel, aber die großen Produktionsgebiete lägen weit von den Verbrauchsstätten, und spanische Pyrite kämen billig dorthin. Die Schwefelsäureerzeugung der

Vereinigten Staaten habe 1917, als  $H_2SO_4$  berechnet, etwa 4,3 Mill. t und 1916 etwa 3,9 Mill. t betragen. Die Regierung schätze den Kriegsbedarf für 1918 auf 5 bis 5,6 Mill. t. Aus Spanien seien 1917 über 0,8 Mill. sh. t Pyrite eingeführt, entsprechend etwa 1 Mill. t Schwefelsäure (Monohydrat). Wenn daher der Bedarf der Regierung an Schwefelsäure ohne die spanische Pyritzufuhr erreicht werden müßte, dann seien für etwa 2,3 Mill. t Säure Rohstoffe zu beschaffen, was wohl möglich sei, da die Pyriteinfuhr nicht gänzlich eingestellt würde, die amerikanische Pyritförderung zunehme und die Hüttenwerke als Nebenprodukt auch noch Schwefelsäure lieferten. Es sei deshalb nicht nötig, für die 2,3 Mill. t Säure neue Rohstoffquellen zu finden. Zu Beginn 1917 wäre der Preis für Schwefelsäure von 60° Bé. von 6—8 in 1913 auf 12—13 Doll. und bis zum Schlusse des Jahres auf 22—25 Doll. gestiegen; für Regierungsbedarf habe das Kriegsindustrieministerium 18 Doll. vereinbart. Da der Regierungsbedarf der Vereinigten Staaten an Schwefelsäure infolge des Waffenstillstandes und des sich daran anschließenden Friedensschlusses ganz außerordentlich zurückgehen werde, so dürfte, laut Eng. and Mining Journ. vom 17./8. 1918, die freiwerdende Schwefelsäure mit dazu benutzt werden, um die im Lande gewonnenen Rohphosphate, die vor dem Kriege u. a. nach Deutschland ausgeführt wurden, selbst in Superphosphate überzuführen<sup>1)</sup>. *dn.*

**Vereinigte Staaten.** Nach Calcutta sind 3 Mill. Doll. Silber verschifft worden; dies ist die bisher größte Silberversendung der Vereinigten Staaten. (Alg. Handelsblad, 17./2. 1918<sup>1)</sup>.) *ar.*

**Produktionserhebungen über die dänische Farbenindustrie.** Diesen Ermittlungen wurden zugrunde gelegt die Erzeugungsverhältnisse im Jahre 1913 oder des diesem am nächsten liegenden Betriebsjahres. Sie umfassen nicht solche Industriezweige, deren Erzeugung ganz oder überwiegend unter handwerksmäßigen Formen erfolgt; sie behandeln ferner nicht staatliche Betriebe.

Bei der Industriezählung im Jahre 1914 wurden in Dänemark 37 Farbenfabriken mit 157 Arbeitern festgestellt, wovon ein Betrieb mit 12 Arbeitern sich hauptsächlich mit dem Färben von Papier beschäftigte und deshalb an dieser Stelle außer Betracht bleibt. Von 17 der übrigen 36 Fabriken liegen Angaben zur Statistik vor; es fehlen somit die Unterlagen für 19 Betriebe, die nach der Industriezählung insgesamt über 20 Arbeiter verfügten. Die meisten Betriebe haben somit nur einen geringen Umfang, und ein Teil von ihnen betreibt den Farbenhandel als Haupterwerbszweig.

Der Verkaufswert der Erzeugung stellt sich auf etwa 2 Mill. Kr. Nachstehende Zusammenstellung gibt hierüber näheren Aufschluß:

Art der Erzeugung	Gewicht kg	Verkaufswert Kr.
Angeriebene Farben . . . . .	915 300	451 500
Tubenfarben . . . . .	4 500	24 200
Lackfarben . . . . .	66 500	66 500
Buch- und Steindruckfarben . . . . .	253 700	204 300
Schiffsfarben . . . . .	15 000	15 000
Verschiedene Farben . . . . .	25 900	10 400
Firnis . . . . .	808 100	543 900
Lack . . . . .	214 800	274 000
Trockenmittel . . . . .	138 000	88 900
Kitt . . . . .	533 800	100 500
Kienruß . . . . .	63 000	10 600
Kleister und Leime . . . . .	364 100	36 400
Andere Waren . . . . .	123 600	128 100
Zusammen . . . . .	—	1 954 300

Hierzu treten noch 39 800 Kr. als Bewertung von Arbeiten für andere, die das Material selbst stellten. — Im Jahre 1905 sind von den Fabriken, die Angaben zur Erzeugungsstatistik geliefert haben, für etwa 1,1 Mill. Kr. Farbwaren erzeugt worden; der Wert der für fremde Rechnung ausgeführten Arbeiten betrug etwa 29 200 Kr. Die Farbwarenerzeugung ist somit erheblich gestiegen.

An Firnis erzeugten im Jahre 1913 Ölfabriken 2 131 000 kg im Werte von 1 267 000 Kr., so daß die gesamte Firniserzeugung sich auf etwa 3 Mill. kg stellt. Im Jahre 1905 hatte die Gesamtfabrikation rund 2 1/2 Mill. kg betragen.

Zur Herstellung von Malerfarben sind im Jahre 1913 aus dem Auslande 5177 t Farbstoffe verschiedener Art im Werte von 2,288 Mill. Kr. nach Dänemark eingeführt worden. In nachstehendem Zahlenbild sind u. a. Ein- und Ausfuhr sowie die Erzeugung von Farbwaren in den in Rede stehenden 18 Fabriken einander gegenübergestellt:

Art der Ware	Einfuhr		Ausfuhr		Erzeugung	
	kg	Kr.	kg	Kr.	kg	Kr.
Angeriebene Farben . .	211 200	84 000	121 000	67 000	915 300	451 500
Schiffsfarben . . . .	19 600	134 000	300	—	15 000	15 000
Buchdruckfarben . .	131 800	228 000	22 900	28 000	253 700	204 300
And. Farben . . . .	38 800	97 000	400	1 000	96 900	101 100
Kitt . . . . .	51 900	15 000	21 100	3 000	533 800	100 500
Kienruß . . . . .	37 900	4 000	—	—	63 000	10 600
Firnis u. Lack . . . .	768 400	908 000	31 700	32 000	3 188 900	2 103 800

<sup>1)</sup> Nach W. N. D. Überseedienst.

Dänemarks Einfuhr von Farben ist somit erheblich größer als die einschlägige Ausfuhr, jedoch kleiner als die entsprechende Erzeugung. Die Herstellung von Firnis und Lack ist der Menge nach viermal so groß als die Einfuhr, dem Werte nach dagegen nur gut doppelt so groß; der Grund hierfür ist der, daß der größte Teil der Erzeugung aus Leinölfirnis besteht, während die Einfuhr sich in der Hauptsache aus den teureren Firnis- und Lacksorten zusammensetzt. (Farben-Ztg. 18/19. 12.) Gr.

Zur Frage der **Kohlenversorgung in Deutsch-Österreich** wird der N. Zür. Ztg. von fachmännischer Seite folgendes mitgeteilt: Der Kohlenbedarf Deutsch-Österreichs beträgt monatlich 1 164 969 t, das sind im Jahre 13 979 628 t. Wien allein braucht 2 646 520 t jährlich oder 8820 t je Arbeitstag. Die eigene Monatserzeugung Deutsch-Österreichs an Stein- und Braunkohle beträgt bloß 155 437 t. Von dem monatlichen Kohlenbedarf Deutsch-Österreichs fällt unter anderm auf den Bergbau 35 507, auf die Eisenindustrie 165 046, auf die Eisenbahn- und Dampfschiffahrt 314 652, auf die chemische Industrie 39 503, auf die Textil- und Lederindustrie 11 114, auf die Papierindustrie 26 573, auf die Gaswerke 85 388, die Elektrizitätswerke 11 634, auf die Lebensmittelindustrie 24 238, auf die Sanitätsanstalten 67 t. Die Bedarfsmengen in den wichtigsten Verbrauchsgruppen sind in dieser Liste auf Grund der jetzigen stark eingeschränkten Betriebe angegeben und betragen im Frieden natürlich erheblich mehr. In der Tat war Deutsch-Österreich, aber auch das gesamte Gebiet der ehemaligen Monarchie, im Frieden auf die Einfuhr deutscher Kohle unbedingt angewiesen. Die Einfuhr betrug im Jahre 1913 13 689 100 t. Wien allein bezog im angeführten Jahre 1 698 470 t oberschlesischer Kohle, 248 050 t böhmischer Braunkohle und mindestens 700 000 t Ostrauer Kohle für die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke. Aus diesen Ziffern ergibt sich eine Schlußfolgerung, die gar nicht nachdrücklich genug der tschecho-slowakischen Regierung vor Augen gerückt werden kann. //

## Übersichtsberichte.

**Die Kaliversorgung der Welt in englischer Beleuchtung.** a) Ein besonderer Mitarbeiter schreibt in den „Financial Times“ vom 23./12. 1918: Der Krieg hat einen gewaltigen Anstoß zur Erzeugung von Kalisalzen aus bisher nicht benutzten Quellen wie Hochöfen, Zementwerken, gegeben, und es ist ein offenes Geheimnis, daß England auf diese Art zu einer Erzeugung gelangt ist, die seinem gesamten Bedarf aus der Zeit vor dem Kriege gleichkommt. Deutsche Volkswirte scheinen damit zu rechnen, daß die ganze Welt auch nach dem Kriege für den Kalibezug zu Dünge- und sonstigen Zwecken auf Staßfurt angewiesen sein wird. Schon aber errichten englische Ausfuhrhäuser hohe Hoffungsgebäude, die einen großen überseeischen Markt für englisches Kali voraussetzen und in dieser Beziehung erscheint eine Warnung am Platze. Das Kalimonopol hat alle Länder veranlaßt, nach neuen Bezugsquellen Umschau zu halten, und schon sind in vielen englischen Besitzungen, in den Vereinigten Staaten und in mehreren Ländern des Festlandes Anlagen zur Gewinnung von Kali im Betrieb. Ziemlich große Kalilager sind in Spanien bei Barcelona und Levida festgestellt worden; in Norwegen und in Dänemark wird Kali aus Seetang gewonnen. Kali ist in den Glimmerschichten Neuseelands, besonders bei Otago, vorhanden, und in Queensland werden große Mengen durch Verbrennung und Auslaugung von „prickly pears“ gewonnen. In Nordfrankreich gewinnt man Kali aus Seetang und sonstigen Pflanzenstoffen; Japan hat eine Reihe von Anlagen errichtet, um es auf ähnliche Weise zu erzeugen, und die Geologen in den Vereinigten Staaten haben seit einiger Zeit mit bemerkenswertem Erfolg daran gearbeitet, Kalivorkommen in fast jedem Teil der Union festzustellen, wo der geologische Charakter des Landes solche Forschungen lohnend erscheinen ließ. Eine Anzahl von Gesellschaften arbeitet bereits in Californien; Seetangverbrauchsanlagen sind überall an der Küste des Stillen Ozeans errichtet; der große Salzsee wird als eine vielversprechende Gegend betrachtet und die Abfälle der großen Hartholzwälder in Wisconsin und anderswo werden ähnlich verwertet wie die prickly pears in Queensland. Es sind Vorschläge gemacht worden, ähnliche Anlagen in Mexiko zu schaffen, und die Abfälle der Konzentrationsanlagen der großen westamerikanischen Kupfergruben werden auf ihre Verwertbarkeit untersucht. Als Nebenprodukt wird Kali in großem Maßstabe in Amerika gewonnen; die große Zahl der im Kriege neu errichteten Hochöfen liefert viel davon. Man hat festgestellt, daß das in Alabama und anderen Südstaaten gewonnene Eisen eine sehr reichliche Quelle von Kali ist, und man hält es schätzungsweise für möglich, daß durch Heranziehung der Rohstoffe aller Hoch- und Zementöfen in den benachbarten Staaten aus diesen Quellen allein jährlich 500 000 t Kali gewonnen werden könnten. Alles das zeigt, daß auf dem überseeischen Markt eine große Nachfrage nach Kali nicht gerade wahrscheinlich ist.

(b) In einem Aufsatz des Economist vom 7./12. 1918 heißt es: In den großen Tagen seines Stolzes ließ Deutschland durch Pro-

fessor Ostwald anmaßend der Welt verkünden, daß es dank seines Kalimonopols nur von ihm abhänge, ob die Menschheit verhungern solle oder nicht. Jetzt aber bettelt Deutschland selbst bei den Vereinigten Staaten um Brot. Die leere Prahlerei des Professors ist zum Gewinn des Politikers geworden. Und selbst wenn es Elsaß-Lothringen nicht verlöre, würde doch Deutschland jedenfalls sein Kalimonopol einbüßen.

Viele Jahre vor dem Kriege hatten Amerikaner Interessen an Staßfurter Vorkommen, aber sie wurden von den Deutschen schlecht behandelt und gezwungen, dem Monopolring beizutreten, so daß sich Amerika daraufhin entschloß, nach heimischer Kaliherzeugung Umschau zu halten. Der geologischen Landesanstalt wurden Mittel bewilligt, und ihre Forschungen hatten schon 1914 Beträchtliches ergeben und stellten den embryonischen Anfang der voraussichtlich sehr großen amerikanischen Kaliindustrie dar. Seither sind wunderbare Fortschritte gemacht und Senator Lane erklärt jetzt, daß in zwei Jahren Amerika von auswärtigen Kalilieferungen unabhängig sein wird. Dabei belief sich sein Jahresbedarf vor dem Kriege auf mehr als 1 Mill. t und wurde fast ganz eingeführt.

Eine der ersten Quellen für Kali, an die man in Amerika dachte, waren die großen Seetanglager an der Küste des Stillen Ozeans von Mexiko bis Alaska. Zuerst wurde der Tang nur mit großen Kraftmaschinen eingebracht, getrocknet, verbrannt und gepulvert; später ging man dazu über, andere wertvolle Chemikalien und das Kali nur noch als Nebenprodukt zu gewinnen. Die Hercules Powder Company in San Diego in Californien hat z. B. eine große Anlage errichtet, wo der Seetang nicht getrocknet, sondern vergoren wird und nicht nur Kali sondern Aceton, Jod und andere Erzeugnisse von Algen, auf deren spätere Verwertbarkeit man hofft, ergibt.

Eine andere Quelle für Kali in den Vereinigten Staaten sind die Gichtgase der Hochöfen und der Staub der Zementöfen. Zur Gewinnung des Kalis aus ihnen wird hauptsächlich der Cottrellsche elektrische Niederschlagsapparat benutzt. Viele Eisenerze, besonders die aus Alabama, enthalten bis 3% Kali, das wiedergewonnen werden kann. Man hat sogar behauptet, daß bei Anwendung dieses Verfahrens in allen Hochöfen 1 Mill. und aus den Zementöfen noch 100 000 t jährlich gewonnen werden könnten. Die Riverside Portland Cement Co. hat die Kosten ihrer im Jahre 1913 errichteten Cottrellschen Anlage bereits aus dem gewonnenen Kali gedeckt. Das Cottrellsche Verfahren wird seit einiger Zeit auch in England erfolgreich angewandt.

Die dritte Quelle für Kali, die man in Amerika erforscht hat, sind die „Salzseen“. Einer von diesen — Searles Lake in Californien — besteht aus einer großen Masse krystallisierter Salze, die etwa 12 englische Geviertmeilen umfaßt und 70 Fuß tief ist, und aus der alles Wasser verdunstet ist. Das Lager ist so fest und hart, daß Straßen darauf angelegt sind, die mit bespannten und Kraftfuhrwerken befahren werden, sogar die Zementfundamente des Pumpenhauses der American Trona Corporation konnten darauf gelegt werden. Der Durchschnittsalzgehalt ist 4% (Kaliumchlorid). Die Trona Gesellschaft soll 4500 t rohe Kalisalze monatlich erzeugen und Anfangs 1919 hofft sie soweit zu sein, täglich 50 t Borax zu erzeugen.

Andere Quellen, die mehr oder weniger reichliche Kohlenmengen ergeben, sind Silicatgesteine, wie Feldspat, Sericit und Alunit. Eine Anlage zu ihrer Verarbeitung ist in Marysville im südlichen Utah von der Mineral Products Corporation errichtet worden, wo zur Zeit monatlich 600 t Kaliumsulfat erzeugt werden. Man hofft aus einigen dieser Mineralien neben Kali auch Aluminium zu gewinnen; einige enthusiastische Forscher gehen sogar soweit, anzunehmen, daß sie sich besser als Bauxit bewähren werden.

Die allgemeine Meinung in Amerika nimmt nach alledem an, daß Senator Lane mit seiner optimistischen Prophezeiung Recht behalten wird. Selbst das im fernen Westen erzeugte Kali braucht nicht soweit herzukommen wie das deutsche und die Regierung hält die Bahnen zu niedrigen Frachten dafür an. Den Hauptwettbewerb hat Amerika nicht aus Europa (Elsaß und Spanien), sondern aus Chile zu fürchten, wo man hofft aus den Salpeterlagern Kali zu gewinnen.

Professor Ostwald muß diese ganze Entwicklung mit besonderem Interesse verfolgen. — Ec.\*

Wir geben diese englischen Darlegungen ausführlich wieder, nicht weil wir sie Wort für Wort für zutreffend hielten, sondern weil wir sie gerade auch dem Ausland gegenüber auf ihren wahren Wert zurückführen möchten. Es liegt, darauf haben wir schon öfter hingewiesen, ein wohlberechnetes System in der Art und Weise, wie von jeher in Amerika und England alle Nachrichten über neue Kalifunde und -quellen mit viel Getöse verkündet wurden. Diese Nachrichten sollen auf deutsche Kreise wirken. Jetzt, vor dem Eintritt in die Friedensverhandlungen dürfen und sollen wir uns noch auf eine lange Reihe solcher Veröffentlichungen gefaßt machen, die alle das Ziel haben, den deutschen Unterhändlern eine wichtige Waffe aus der Hand zu winden. Denn eine solche wird das deutsche Kali trotz etwaigen Verlustes der elsässischen Lager und trotz aller industriellen Anstrengungen unserer Feinde bleiben. Was die letzteren betrifft, so möchten wir immer wieder auf die vielsagende Tat-

sache verweisen, daß die Kalipreise in England und Amerika trotz aller Kali-„Quellen“ noch immer nicht auf ein erträgliches Maß zurückgegangen sind. Diese Preise ermöglichen überhaupt erst die Erzeugung im jetzigen Umfange und wirken gleichzeitig einschränkend auf den Verbrauch. Das Hauptproblem scheint uns demnach auf ganz anderem Gebiete zu liegen: nämlich in der Frage, ob die allem Anschein nach wirklich bedeutenden Kapitalien, die in den industriellen Kaligewinnungsstätten unserer Feinde angelegt sind, bei Regulierung der Preise durch fremden Wettbewerb und durch Angebot, das die Nachfrage deckt, nicht recht sehr gefährdet sind. S/.\*\*

Aus einem Bericht der „Nachrichten“ über die wirtschaftliche Lage Guatemalas interessieren folgende Angaben:

**Gummi.** Infolge der starken Preisstürze der letzten Jahre wurden die Pflanzungen als nicht mehr lohnend größtenteils aufgegeben oder an zweifelhafte Personen verschleudert. Bei Einsetzen einer besseren Konjunktur dürften sich jedoch die Kautschukpflanzungen wieder als lohnend erweisen.

**Sisalhanf (Hennequen).** Diese Pflanzenfaser wird hauptsächlich im Distrikte „El Petén“ (Yukatan) gewonnen. Die Erzeugung steht weit hinter der mexikanischen zurück, da die Transportverhältnisse sehr schlecht sind. Die Gegend ist sumpfig und daher für Europäer wenig zuträglich.

**Farb- und Nutzholzer.** Mahagoni-, Rot- und Gelbholz kommen in recht bedeutenden Mengen, namentlich in „El Petén“, der Alta Verapaz, an der ganzen pazifischen Küste sowie im Innern des Landes vor. Die Ausfuhr ist verhältnismäßig gering und geht ausschließlich nach den Vereinigten Staaten, was hauptsächlich auf die ganz ungenügenden Verkehrsverhältnisse zurückzuführen ist. Bei sorgfältiger Organisation könnten auch auf diesem Gebiete gute Erfolge erzielt werden.

**Häute, Felle und Leder.** Der Versand von Häuten und Fellen hat einen erheblichen Umfang angenommen. Die Gerberei von Vieh- und Wildhäuten wird von den Einheimischen in ganz vorzüglicher Weise betrieben. In der Hauptstadt werden Stiefel für den Inlandsbedarf hergestellt, die mit den besten europäischen und amerikanischen Erzeugnissen in Wettbewerb treten können. Dortselbst ist auch kürzlich eine Schuhfabrik mit Dampftrieb eingerichtet worden, über deren Ergebnisse jedoch noch nichts verlautete.

**Erze.** Der Bergbau wurde bis jetzt nur sehr wenig rationell betrieben, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß durch gewaltige Naturereignisse früherer Zeiten die Adern auseinandergerissen und verschoben wurden. Es ist wiederholt vorgekommen, daß im Abbau befindliche Adern plötzlich ausgingen, ohne daß es gelang, ihre Fortsetzung zu entdecken. Die Bergbaurechte sind von der Regierung einer amerikanischen Gesellschaft (der American Mining Co.) übertragen worden, die es in den Händen hat, einen Abbau zu erlauben oder zu verhindern. Im Jahre 1914 sind im Gebiete Tucuru und Secol Seacte (Alta Verapaz) größere Eisenerzlager entdeckt worden, deren Abbau auf Grund vorgenommener Untersuchungen als sehr lohnend bezeichnet wird. Die Ausdehnung der Lager konnte nicht festgestellt werden, da der Ausbruch des Krieges die weitere Untersuchung verhinderte, doch soll es sich um hochprozentige Erze handeln. Das betreffende Gelände ist größtenteils im Besitze der Firma Gebr. Stärkel, Ravensburg (Württemberg), und liegt in nächster Nähe der Eisenbahn. In dem Departement von Huehuetenango und Chiguimula befinden sich 129 eingetragene Minen, für die bereits Konzessionen erteilt worden sind. Es handelt sich hauptsächlich um Silber-, Gold-, Eisen- und Bleivorkommen. Eine Reihe von Flüssen führen Goldsand. Marmor kommt sehr häufig vor, dagegen fehlt die Kohle gänzlich.

Größte Ausfuhrmöglichkeiten bestehen für Honig und Bienenwachs.

**Einfuhrmöglichkeiten.** Zur Einfuhr nach Guatemala eignen sich zur Zeit u. a. besonders: Wellbleche, Stacheldraht, Eisenröhren, Kleineisenwaren, Maschinen zur Kaffeebearbeitung, landwirtschaftliche Maschinen, photographische und optische Apparate. dn.

## Marktberichte.

**Von den Kohlenmärkten.** Die zweite Hälfte des Monats Dezember 1918 stand noch immer unter dem Zeichen der Bergarbeitersausstände, der verminderten Förderung und infolgedessen der Kohlennot in der Industrie. Daneben braucht die Tatsache, daß durch die Abgabe von Eisenbahnwagen und Lokomotiven auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen weniger Möglichkeit zum Versande von Kohle vorhanden war, kaum erwähnt zu werden. Den ausständigen Arbeitern mußten Lohnerhöhungen und Arbeitsverkürzungen zugestanden werden, die selbstredend zu einer Heraufsetzung der Kohlenpreise zwangen, wenn die Zechen überhaupt weiterbestehen sollen. Trotzdem war es Ende Dezember noch nicht gelungen, die Arbeiter auf allen Zechen wieder zur Einfahrt zu bringen, so namentlich in Hamborn, auf den Zechen der Gewerkschaft „Deutscher

Kaiser“ (Thyssen). Wie diese Gewerkschaft in einer öffentlichen Erklärung vom 26./12. 1918 (in der „Rh.-W. Ztg.“) ausführt, haben 95% der Zechen des Ruhrbezirkes die Arbeit (in achtstündiger Schicht) verfahren auf Grund von Vereinbarungen, die zwischen dem Zechenverbände und den Bergarbeiterverbänden getroffen worden sind, und nach denen vom 1./1. 1919 ab das Monatseinkommen eines Kohlenhauers etwa 450 M, das Jahreseinkommen 5400 M beträgt! Aber dies war einem kleinen, von gewissenlosen politischen Agenten verhetzten Teile der Bergarbeiter noch nicht genug, sie forderten statt des bewilligten Hauerlohnes (von 18 M im Durchschnitt) 19,50 M und eine erhebliche Entschädigungssumme als Weihnachtsgeschenk (!); sie zwangen die Arbeiter anderer Schächte zum Feiern, verübten verschiedentlich Gewalttätigkeiten, zerstörten Anlagen und machten dadurch die spätere Wiederaufnahme der Förderung teilweise unmöglich.

So ist es denn erklärlich, daß wir anstatt eines allmählichen Preisabbaues auf den Warenmärkten vorläufig einen starken Auftrieb der Preise haben werden. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat in der Versammlung der Zechenbesitzer am 21./12. 1918 die Richtpreise (einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) mit Geltung vom 1./1. 1919 erhöht für Kohlen und Briketts um 14,45 M und für Koks um 21,70 M für die Tonne, mit Ausnahme einiger geringwertiger Sorten (Schlammkohlen, Koksgrus usw.), für welche die Erhöhung auf 5 M für die Tonne festgesetzt wurde. Bei einer etwaigen Steigerung des Preises für Pech ist der Brikettpreis entsprechend zu erhöhen. Die neuen Preise sollen Ende Februar 1919 einer Nachprüfung unterworfen werden; daß dann eine Ermäßigung eintreten wird, ist kaum zu erwarten. — Wie durch die neuen Richtpreise die Kohlen usw. verteuert werden, zeigt folgende Gegenüberstellung:

	bisher M	ab 1. Jan. M
gewaschene Nußkohlen I . . .	31,95	46,40
„ „ III . . .	30,45	44,90
„ „ IV . . .	29,25	43,70
„ Anthrazitnüsse I . . .	34,95	49,40
„ „ II . . .	39,75	54,20
„ „ III . . .	35,25	49,70
Hochofenkoks I. Sorte . . .	37,20	58,90
„ III. „ . . .	36,60	58,30
Gießereikoks . . . . .	37,80	59,90
Brechkok I . . . . .	40,20	61,90
Brechkok IIa . . . . .	41,40	63,10
Brechkok III . . . . .	36,60	58,30
Brechkok IV . . . . .	29,40	51,10
Knabberkoks . . . . .	36,60	58,30
Kleinkoks, gesiebt . . . . .	34,20	55,90
Briketts I. Sorte . . . . .	31,15	45,60
„ II. „ . . . . .	29,95	44,90
„ III. „ . . . . .	27,85	42,30

Ähnlich ist die Lage am oberschlesischen Kohlenmärkte. Auch hier ist durch die andauernden Ausstände der Bergarbeiter die Förderung der Zechen sehr vermindert worden, die Lohnforderungen sind immer weiter gestiegen und anscheinend noch im Steigen. Dementsprechend haben die oberschlesischen Zechenverwaltungen vom 19./12. 1918 ab eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise (im Landverkauf) um 10–12 M eintreten lassen, so daß der Preis für die Tonne auf 39,70 bis 43,30 M gestiegen ist. — Die außerordentlich großen Arbeiterschwierigkeiten und daneben auch die unsichere politische Lage verschlechtert die Lage der oberschlesischen Werke immer mehr, so daß an eine gewinnbringende Tätigkeit überhaupt nicht mehr zu denken ist.

Auch auf den Braunkohlenmärkten sind Preissteigerungen eingetreten. Das Rheinische Braunkohlenbrikett-Syndikat hat vom 1./1. 1919 seine Preise weiter um 2,50 M für die Tonne (einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) erhöht, so daß sich der Preis auf 24,50 M für die Tonne stellt. Die neue Preiserhöhung von 2,50 M war notwendig, um die geldlichen Ausfälle auszugleichen, die infolge der seit mehreren Monaten bereits verfügten Einstellung der Lieferungen nach dem Auslande (Schweiz und Holland) eingetreten sind. Sie war aber auch nicht zu umgehen, weil die bei der ersten Preiserhöhung gehegte Erwartung, daß die Selbstkosten durch Verbilligung der Betriebsstoffe eine Abschwächung erfahren würden, nicht allein nicht eingetreten war, sondern, beispielsweise durch die vom Stahlwerksverband vorgenommenen erheblichen Preiserhöhungen, in das Gegenteil verkehrt ist. — Ferner hat auch der preußische Handelsminister genehmigt, daß im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet die Brikett- und Preßsteinepreise um 107 M, die Kohlenpreise um 33 M für je 10 t (ohne Kohlensteuer) erhöht werden dürfen. Demnach betragen die neuen Preise für Hausbrand- und Industriebriketts 357 M, für Siebkohlen 142 M, für Förderkohlen 130 M für je 10 t einschließlich Kohlensteuer. Dabei scheint diese Erhöhung noch lange nicht auszureichen gegenüber den Erzeugerkosten. So teilt die Verwaltung der Anhalti-



schen Kohlenwerke in Halle z. B. folgendes mit: „Die Einführung der Achtstundenschicht, die starke Lohnerhöhung und das Herabsinken der Leistung haben die Förderleistung unserer Unternehmen auf  $\frac{1}{3}$  des Standes im Oktober verringert. Alle Anstrengungen, genügend Arbeitskräfte heranzuziehen, sind gescheitert, da die Arbeiter in den Großstädten als sogenannte Arbeitslose gefüttert werden und kein Bedürfnis fühlen, aus den Großstädten herauszugehen. Wenn diese Verhältnisse weiter bestehen bleiben, ist die Preiserhöhung nicht im entferntesten geeignet, um die furchtbaren Verluste des Bergbaues auch nur einigermaßen zu decken.“

Alles in allem ist die derzeitige Lage auf den Kohlenmärkten — dank den durch die Revolution geschaffenen Arbeiterverhältnissen — geradezu trostlos, die Aussichten auf baldige Besserung sind sehr gering. Und doch hängt von letzterer der Bestand ganzer Industrien ab: In Bayern mußten alle Betriebe vom 24./12. 1918 ab wegen des Kohlenmangels zunächst auf 10 Tage ganz eingestellt werden. In Württemberg droht eine ähnliche Katastrophe, ebenso in Sachsen. Für die sächsische Kohlenwirtschaft sind im November 1918 gegenüber der normalen Monatsleistung während des Krieges ausgefallen: 10 200 Wagen sächsische Steinkohle, 7000 Wagen sächsische und altenburgische Braunkohle und Briketts und 17 000 Wagen böhmische Braunkohle. Dafür sind als Ersatz aus Ober- und Niederschlesien nur rund 4000 Wagen geliefert worden, so daß rund 30 000 Wagen zu 10 t fehlen. Für den Monat Dezember muß mit noch größeren Ausfällen gerechnet werden. — Während in der Kriegszeit täglich 25 000 Eisenbahnwagen (aus dem Ruhrbezirk) nach Berlin versandt wurden, betrug der Versand im Dezember 1918 nur noch 15 000. Solche Zahlen sollten doch den Arbeitern zeigen, wohin die jetzige Strömung bei weiterem Anhalten nur führen kann: zur gänzlichen Vernichtung unserer Industrie und damit zum Staatsbankrott.

Wth.\*\*

**Zementpreise.** Nach einer Bekanntmachung des Reichskommisars für Zement bleiben die Preise und Zuschläge für Zement im 1. Vierteljahr 1919 unverändert.

II.

**Amerikanischer Eisen- und Stahlmarkt.** „Iron Age“ schreibt in seinem Wochenbericht vom 31./12. 1918 u. a.: Das neue Jahr beginnt mit dem erneuten Beweis, daß die rege Geschäftstätigkeit im ganzen Stahlhandel nachläßt. In allen Zweigen taucht die Frage der Zurückführung der Kontrakte auf die niedrigeren Preise auf, die vor zwei Wochen von den leitenden Abgebern angenommen wurden. In der Ausfuhrstatistik der letzten Woche spielen namentlich Stahlschienen eine große Rolle, für die den gegenwärtigen Preisen entsprechende Höchstpreise festgesetzt wurden; verschiedene Anfragen kamen aus Japan und Südamerika.

II.

**Chemikalienpreise in London** (20./12. 1918; vgl. S. 12). Citronensäure lb. 4 sh. 9 d., Salpetersäure lb.  $2\frac{1}{2}$  d., Oxalsäure, rein, lb. 1 sh. 5 d., Weinsäure, englisch, lb. 3 sh. 10 d., dgl. ausländische 3 sh. 9 d., Ammoniumcarbonat lb.  $7\frac{1}{2}$  d., Ammoniumchlorid, weiß, t 75 sh., Ammoniumsulfat t 16 Pfd. Sterl., Arsenik, Stücke, t 200 sh., dgl. Pulver t 91 sh., Chlorkalk t 15 Pfd. Sterl., Borax, kryst., cwt. 42 sh., dgl. pulv. 43 sh., Weinstein, 98%, pulv., 395 sh., Calomel lb. 6 sh. 3 d., Jod, trocken, Unze  $10\frac{1}{2}$  d., Natronsalpeter t 27 sh. 10 d., Kaliumchlorat, rein, lb. 2 sh. 3 d., Kaliumcyanid 3 sh., dgl. ausländ. 2 sh. 10 d., Kaliumsulfat t 70 sh., Natriumbicarbonat t 12 Pfd. Sterl., Soda, kryst., ab Schiff t 6 Pfd. Sterl. 10 sh., Bleizucker, ausländ., weiß, t 130 sh., Kupfersulfat t 62 Pfd. Sterl., Schwefelblüte 30 sh., dgl. in Stangen 29 sh. („Economist“ vom 21./12. 1918.)

Sf.\*

**Die Kohleerzeugnisse in England.** Da die Verhältnisse in dieser Industrie infolge des Aufhörens der Feindseligkeiten ganz ungewiß geworden sind, ist das Geschäft darin so gut wie ganz zum Stillstand gekommen. Bis zur Wiederkehr normaler Bedingungen wird längere Zeit vergehen, so daß viele jetzige Haupterzeugnisse mit gewaltigen Preisänderungen rechnen müssen. Die Kontrolle von Toluol hat aufgehört, so daß die Farbenindustriellen diesen Rohstoff wieder frei einkaufen können. Auch Benzol ist freigegeben, ebenso Kreosot und Naphtha, worin bereits eine Ausfuhr eingesetzt hat. Pech bedingt 65/- die t, Naphthalin 7—15 Pfd. Sterl. die t, je nach Qualität. Die Lage von schwefelsaurem Ammoniak bleibt unverändert, da die Regierung ihre Kontrolle hierüber vorläufig nicht aufgeben kann. („Economist“ vom 30./11. 1918).

Gr.

**Die Zuckerpreise in Niederländisch-Indien** sind weiter gestiegen und erreichten jetzt 14 Gld. für 1 Picul (= 61,76 kg). („Telegraaf“ vom 17./12. 1918.)

Sf.

**Die Lage der Speisefett- und Margarineindustrie** (Hamburg, 4./1. 1919) ist durch die Besetzung der linken Rheinseite durch Verbandstruppen recht unklar geworden. Wie der Verkehr zwischen den beiden Ufern sich abwickelt, ist nicht klar zu erkennen, da eine Verordnung der Besatzung die andere ablöst, die eine Erleichterungen, die andere aber Erschwerungen bringt. Grundsätzlich sind die Oberkommandos in den verschiedenen Abschnitten bereit, Güter vom rechten Rheinufer ins Gebiet des linken wandern zu lassen, nicht aber umgekehrt. Die größten deutschen Margarinefabriken, ausschließlich im Besitz von Holländern, befinden sich bekanntlich auf der linken Rheinseite in Goch und Cleve und ver-

arbeiten in ihren Betrieben die Kontingente im Margarineverband der von ihnen kontrollierten mittleren und kleineren Fabriken, welche zum größten Teil auf der rechten Rheinseite liegen. Rohware kann also wohl vom rechten Rheinufer nach Goch und Cleve gegangen, die Ablieferung der fertigen Margarine begegnet aber großen Schwierigkeiten. Es ist daher nötig, daß nicht mehr Rohware nach der linken Rheinseite geliefert wird, als zur Befriedigung des Bedarfs der linksrheinischen Bevölkerung an Speisefett im Rahmen der Rationierung nötig ist. Bei dieser Sachlage werden aber einige der kleineren Werke auf der rechten Rheinseite, welche der Kontrolle der bekannten großen Trustfabriken unterliegen, wohl wieder in Betrieb genommen werden müssen, um Ware für die rechtsrheinisch gelegenen Verbraucher herzustellen. Auf diese Weise haben sich also recht eigenartige Verhältnisse in der Margarineindustrie herausgebildet.

Die Margarineerzeugung betrug im letzten Jahre etwa 10% der Friedensmenge, angesichts der Absperrung vom Bezuge von Rohstoffen immer noch eine ansehnliche Leistung. Vorausgesetzt, daß genügend Rohstoffe vorhanden sind, wird der Margarineverbrauch nach Friedensschluß ganz gewaltig zunehmen, wofür die wenigen bekannten großen Werke, welche ausschließlich mit holländischem Kapital arbeiten, bereits geldliche Maßnahmen getroffen haben. Der maßgebende ausländische Einfluß wird die Beschaffung von Rohstoffen vor und nach Friedensschluß vielleicht wesentlich erleichtern. In welchem Umfange nun diese zur Verfügung stehen werden, entzieht sich vorläufig jeder Beurteilung. Assessor Dr. Weigelt, der frühere Leiter des vormaligen Kriegs- und jetzigen Reichsausschusses für tierische und pflanzliche Öle und Fette in Berlin, glaubte vor langer Zeit die Versorgung mit etwa der Hälfte aus Friedenszeiten veranschlagen zu dürfen. Dieser Voranschlag gründete sich indessen auf einem Sieg unsererseits oder zum mindesten auf einem Vergleich. Nachdem das Gegenteil leider eingetreten ist und im Innern eine vollständige politische und wirtschaftliche Umwälzung nicht verhindert werden konnte, kann man jenem Voranschlag natürlich nicht mehr zustimmen. Wenn, wie englische Rheder glauben annehmen zu können, bei regelmäßigem Verkehr zur See demnächst die Frachtsätze nur etwa doppelt so hoch bleiben werden, als sie vor dem Kriege waren, während sie im letzten Kriegsjahre wohl das Zehnfache und noch mehr betrugen, wird unsere Versorgung vielleicht reichlicher und billiger sich gestalten, als wir im Augenblick anzunehmen berechtigt sind.

—m.

## Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Die englischen Eisen- und Stahlhändler haben sich zu der **National Iron Merchant's Association** zusammengeschlossen. (Iron Manger vom 16./11. 1918).

II.

Der **Deutsche Roheisenverband** nahm mit Beginn des Jahres die beschränkte Verkaufstätigkeit für 1919 auf. Den Kontrakten wird die Bedingung zugrunde gelegt, daß die Abnehmer sich mit der in der ersten Januarhälfte festzusetzenden Preisfestsetzung einverstanden erklären.

II.

Man meldet die Gründung eines **englisch-amerikanischen Syndikats zum Einkauf der spanischen Nickel-, Kobalt- und Wolframerze**. (Semana Fin. vom 29./11. 1918).

II.

Die neugebildete **Vereinigung für die Woll- und Textilindustrie** hat in Leeds ihre erste Versammlung abgehalten. Aus Privatmitteln sind bereits 4510 Pfd. Sterl. gesammelt, während die Regierung 5000 Pfd. Sterl. hergibt. Es sollen ein Institut mit wissenschaftlichen Laboratorien, eine umfangreiche Bibliothek über die Textilindustrie und ein Informationsbureau gegründet werden. (N. Rotterd. Cour. vom 18./12. 1918).

II.

Der größte Teil der schwedischen Fabriken der Holzdestillationsindustrie hat eine Zentralverkaufsorganisation, **Svenska Trädestillationsverkens Försäljningsförening** mit Sitz in Stockholm gegründet. (Svenska Dagbl. vom 18./12. 1918).

on.

Am 16./12. 1918 ist auf Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung die Gründung des **Fachausschusses der Kautschukindustrie** (paritätisch zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern) erfolgt. Alle Betriebe, die zur Kautschukindustrie (Hersteller von technischen Weich- und Hartkautschukwaren, Regenerierwerke, Kautschuklösungsfabriken usw.) gehören oder sich dazu rechnen, werden zwecks sofortiger Ausarbeitung einer vollständigen Mitgliederliste gebeten, sich umgehend unter genauer Angabe der Art des Betriebes, der Arbeiteranzahl und sonstiger zweckdienlicher Einzelheiten zu wenden an „Fachausschuß der Kautschukindustrie“, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 51/52, Börse, Zimmer 171/175.

ar.

<sup>1)</sup> Nach W. N. D. Überseedienst.

## Aus Handel und Industrie des Auslandes.

## Allgemeines.

**Uruguay.** Mit den Vereinigten Staaten kam ein in- zwischen vom nordamerikanischen Senat ratifiziertes Abkommen zustande, das der einheitlichen Regelung aller Formalitäten, Abgaben usw. für Handelsreisende der beiden Länder gilt. Nordamerika ist bemüht, auch mit den übrigen lateinamerikanischen Staaten ähnliche Verträge einzugehen, durch welche der gegenseitige Handelsaustausch gefördert werden soll. (South Am. Journ. vom 7./12. 1918<sup>1</sup>.) *ll.*

Die Regierung hat die amerikanischen Staaten zu einem Ende Januar 1919 stattfindenden Congreso de Expansión Económica y Enseñanza Comercial Americano eingeladen, auf dem Maßnahmen zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen besprochen werden sollen. (La Argentina Económica vom 15./10. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

**Übergangswirtschaft in England.** Der Verkauf von Schnell- drehstahl und Silberstahl ist freigegeben worden, nur müssen die Höchstpreise eingehalten werden. Es herrscht Mangel an gelernten kräftigen Arbeitern, dagegen sind tausende Frauen aus den Granatenfabriken entlassen worden, Nacht- und Sonntags- arbeit hat aufgehört, ebenso die fabelhaften Löhne, die während des Krieges gezahlt wurden. (Economist vom 14./12. 1918<sup>1</sup>.) *dn.*

Bis Anfang Dezember waren die den Handel mit pflanzlichen Ölen einschränkenden Verordnungen nicht aufgehoben. Da aber die Einfuhr ölhaltiger Rohstoffe beträchtlich zunimmt, ist der Handel der Ansicht, daß die bestehenden Verordnungen milder gehandhabt werden. (Economist vom 7./12. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

Die Ausfuhr von englischem zugerichteten Leder ist verboten, so daß die Gerber und Zurichter über die Aussichten in ihrem Gewerbe im unsicheren sind. Von allen Seiten wird die Aufhebung des Zertifikatsystems und eine Erklärung der Rohstoffabteilung über die von ihr in der nächsten Zukunft einzuschlagende Politik verlangt<sup>1</sup>). *on.*

**Belgien.** Wirtschaftskampf gegen Deutschland. Die Brüsseler Handelskammer faßte den Beschluß, alle Mitglieder, die feindlichen Staaten angehören oder keine Nationalität haben, auszuschließen. (Telegraaf vom 18./12. 1918.) — Zur Fassung eines Beschlusses über den Ausschluß deutscher Aufsichtsratsmitglieder berufen, wie aus Brüssel gemeldet wird, eine Anzahl Aktiengesellschaften Generalversammlungen ein<sup>1</sup>). *ar.*

**Frankreich.** Ein Centre Franco-Brésilienne d'Action Economique hat sich zwecks Ausbaues der Handelsbeziehungen mit Brasilien und als Gegengewicht gegen die Konkurrenzbestrebungen anderer Länder gebildet. *ll.*

**Rußland.** Die Verwaltung der European Oilfields Corporation teilt mit, daß die Absicht der Nationalisierung der russischen Petroleumindustrie aufgegeben sei. *dn.*

## Bergbau- und Hüttenwesen.

**Pern.** Durch Gesetz wurde die Regierung ermächtigt, einen Teil der Werke der International Petroleum Company zu enteignen und von Staats wegen arbeiten zu lassen. Der Streit mit der Petroleum- gesellschaft soll einem internationalen Schiedsgericht zur Entscheidung übergeben werden. (Times vom 7./12. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

**China.** Die Regierung beabsichtigt mit japanischer Hilfe ein staatliches Eisenwerk zu errichten<sup>1</sup>). *ar.*

Die japanische Regierung hat beschlossen, die Ausbeutung der Chin-Sing-Chen-Eisengruben an der Shantungbahn der Bergbau- abteilung der Shantungbahnverwaltung zu übergeben. Die jährliche Ausbeute beträgt jetzt 50 000 t 65% iges Erz, soll aber auf 300 000 t gebracht werden. *dn.*

**Fusion in der englischen Eisenindustrie.** Die Seaton Carew Iron & Steel Co. am Tee ist am 1./1. 1919 von der Furness- Gruppe übernommen worden, der sich in diesem Jahr bereits die Eisen- und Stahlwerke von Cochrane & Co. in Middles- borough angegliedert haben. (Times vom 10./12. 1918<sup>1</sup>.) *ll.*

Die Mond Nickel Co., die eigene Nickelgruben und Hüttenwerke in Canada besitzt, ihre Nickelraffinerien aber in Südwaless hat, und nebenbei auch Platin und Palladium erzeugt (und zwar mehr als irgendein anderes Unternehmen im britischen Reich), legt zur Er- weiterung ihrer Anlagen 1 1/4 Mill. Pfd. Sterl. 7% ige Vorzugsaktien ohne Nachzahlungsrecht zu pari zur Zeichnung auf. Von dieser Art sind schon 2 Mill. Pfd. Sterl. Aktien vorhanden, außerdem 1/2 Mill. Pfd. Sterl. 7% iger Vorzugsaktien mit Nachzahlungsrecht und 900 000 Pfd. Sterl. Stammaktien sowie eine Obligationsschuld (5 und 6%) von noch 875 000 Pfd. Sterl. Der Durchschnittsgewinn der Gesellschaft betrug in den letzten vier Friedensjahren 191 200, in den vier Kriegsjahren 370 500 Pfd. Sterl. (Financial Times vom 17./12. 1918.) *Ec.\**

<sup>1</sup>) W. N. D. Überseedienst.

**Frankreich.** Soc. Acieries et Forges de Firminy: Reingewinn 1917/18 4,21 Mill. Fr., Dividende 32,50 Fr. (Ag. Econ. & Fin. vom 2./12. 1918<sup>1</sup>.) *ll.*

**Portugal.** Die ausschließliche 15 jährige Konzession für die Errichtung und Ausbeutung eines Eisenhüttenwerks wurde der Riba-Tejo Proprietary Co. Ltd. erteilt. (Jorn. do Com. e das Col. vom 16./11. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

## Industrie der Steine und Erden.

**Niederländisch-Indien.** Ein englischer Konzern be- absichtigt die Errichtung einer großen Zementfabrik im Bezirk Kreteg (Süd-Djokja). (Alg. Handelsblad vom 17./12. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

**Canada.** Entdeckung von Tonlagern. Eine Untersuchung von weißem Ton aus dem Flußbett des Mattagami in Nord-Ontario ist kürzlich in dem Laboratorium der „Mines Branch“ in Ottawa vorgenommen worden. Der Ton ist sehr feuerfest, da er sich bei einer Schmelztemperatur von 1790° nicht verändert. Es gibt in Canada wenig Tone, die so feuerfest sind wie dieser. Das Ein- schrumpfen beim Trocknen und Brennen hält sich in den gewöhn- lichen Grenzen. Der Ton glüht bei niedriger Brenntemperatur weiß und zeigt erst bei 1310° kleine schwarze Flecken, die wahrscheinlich aus Eisenbestandteilen herrühren. (Board of Trade Journal vom 21./11. 1918; Nachrichten 210, 1918.) *on.*

## Chemische Industrie.

**Japan.** Die Kuhara Co., Osaka, beabsichtigt, den Ort Kuda- matsu (an der Inlandsee, auf dem Südwestzipfel der Hauptinsel Japans) zu einem großen industriellen und kommer- ziellen Zentrum zu entwickeln. Große Fabriken und Hafen- anlagen sind geplant. Die Regierung wird dort eine Salzraffinerie mit einem Jahresertrag von 30 000 t anlegen. (Japan Chron. vom 10./8. 1918<sup>1</sup>.) *ar.*

**England.** Die Mersey Chemical Works Ltd. wurde als feindliche Gesellschaft endgültig aufgelöst. (Chem. Trade Journ. vom 7./12. 1918<sup>1</sup>.) *ll.*

Der Übergang von der Kriegs- zur Friedensherstellung hat sich bei der Castner Kellner Alkali-Gesellschaft (vgl. S. 20) nach Mit- teilungen in der Generalversammlung am 18./12. 1918 bemerkens- wert rasch vollzogen. Der Waffenstillstand wurde am 11./11. ab- geschlossen; am 12./11. wurde die Gesellschaft um 11 Uhr aufge- fordert, mit der Herstellung von Kriegsmaterial aufzuhören; um 3 Uhr war die Umstellung auf den Friedensbetrieb bereits voll- zogen. (Fin. News vom 18./12. 1918.) *Ec.\**

In der Generalversammlung der British Coalite Co. (vgl. S. 20) am 18./12. 1918 wurde mitgeteilt, daß von Mitte 1921 ab die Low Temperature Carbonization Ltd. eine Mindestabgabe von 35 000 Pfd. Sterl. (1 sh. auf jede Tonne carbonisierter Kohle) zahlen müsse. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß nach einer Äuße- rung Sir Alfred Monds die Regierung selbst eine Anlage zur Carbonisierung von Kohle bei niedriger Temperatur baue und für diesen Versuch 150 000 Pfd. Sterl. ausgeben wolle; befremdlicher- weise sei die Gesellschaft hierbei nicht zugezogen worden. Endlich wurde noch mitgeteilt, daß Erwägungen darüber schwebten, ob es angezeigt sei, die Gesellschaft mit der Barnsley Smokeless Fuel Co., der Low Temperature Carbonization Co. Ltd. und der Coalite Ltd., die die Auslandspatente besitzt, zu verschmelzen. (Fin. News. vom 19./12. 1918.) *Ec.\**

**Patentraub englischer Firmen.** L. B. Holliday & Co., Hudders- field, haben beim Patents Court eine Lizenz für die deutschen Patente der Firma Cassella Nr. 18 822 und 2918 von 1909 (Herstellung von Wasserblau) nachgesucht, die bereits von den Firmen Read Holliday & Co. und British Dyes sowie anderen benutzt werden. Die Firma Levinstein Bros. hat sich ebenfalls um eine Lizenz für diese Patente beworben. (Journ. of Com., Liverpool, vom 3./12. 1918.) *Gr.*

## Verschiedene Industriezweige.

**Schweiz.** Die neugegründete Fabrique de Parfumerie De Bay & Cie., S. A., Eaux-Vives, bezweckt Fabrikation und Großverkauf von Parfümerien, Seifen usw. und übernimmt Aktiven und Passiven der bisherigen Firma „De Bay & Cie.“. Das Gesellschaftskapital ist auf 250 000 Fr. festgesetzt. *ll.*

**Finnland.** Die Strohzeilstoff-Gesellschaft hat mit der Lojo- Zeilstofffabrik ein Abkommen zur Herstellung von Zeilstoff aus Stroh getroffen. Mit der Arbeit soll begonnen werden, sobald die Gesellschaft die Lauge aus der finnischen staatlichen chemischen Fabrik in Kajana erhält. (Timber Tr. Journ. vom 14./12. 1918; Nachrichten 210, 1918.) *ar.*

**Norwegen.** Die Gründung einer Gesellschaft für Öle, Futter- mittel, Firnis usw. ist durch die Mårten Pehrssons Walz- mühle - A. - G. und einige Privatpersonen beschlossen worden; das Aktienkapital soll mindestens 500 000 Kr., höchstens 1,5 Mill. Kr. betragen. Die Verwaltung der neuen Gesellschaft hat ihren Sitz in Christiania. *ar.*

**Dänemark.** Die „St. Croix Sukkerfabriker“ haben im letzten Betriebsjahr mit 242 000 Kr. Unterbilanz gearbeitet, von denen 118 000 Kr. auf die Fabrik und 124 000 Kr. auf die Plantage entfallen. Auf dieser hat die Ernte an Rohr infolge Regenmangels nur 26,4 Mill. Pfund gegen 44,8, 77,9 und 24,8 in den letzten drei Jahren vorher ergeben. Die Aussichten für das kommende Jahr sind auch nicht gut, da erst die letzten Monate etwas Regen gebracht haben, aber nicht genug, um den Schaden gutzumachen. (Politiken vom 20./12. 1918.) Sch.\*

**Österreich-Ungarn.** Die „Pannonia“ ungarische Öl- und Petroleum-A.-G. in Budapest erhöht das Aktienkapital von 1 auf 2 Mill. Kr. ar.

## Aus Handel und Industrie Deutschlands.

### Allgemeines.

Über die Frage der Verstaatlichung der chemischen Industrie (vgl. Fußnote<sup>1)</sup> S. 25) äußern sich die Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning in Höchst a. M. wie folgt: „Was unsere chemische Industrie anbelangt, können wir nur soviel sagen, daß jedes Eingreifen des Staates zum vollständigen Erliegen unserer Industrie führen würde, und zwar schon aus dem Grunde, daß vor dem Kriege über 80% unserer Erzeugung ausgeführt wurden; die Wiederaufnahme und Pflege dieser Auslandsbeziehungen ist nur bei größter, persönlicher Initiative und Übernahme eines großen Risikos möglich. Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie, welche durch die Entwicklung der Ereignisse vor eine außerordentlich schwierige Lage gestellt ist, ist nur denkbar bei einer unbeschränkten, freien Entwicklung.“ Gr.

### Verschiedene Industriezweige.

Der Grubenvorstand der Braunkohlengewerkschaften Michel, Vesta, Leonhardt und Gute Hoffnung beschlossen mit Rücksicht auf den starken Rückgang der Erzeugung bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen die bisherigen Ausbeutezahlungen einzustellen. ar.

**A.-G. für Kohlendestillation in Düsseldorf.** In der außerordentlichen Hauptversammlung führte der Vorsitzende, Staatsminister a. D. v. Möller aus, daß der Aufsichtsrat angesichts der unklaren Lage des Unternehmens die Liquidation beantrage. Seit vier Jahren haben keine Abschlüsse mehr gemacht werden können, und man wisse nicht, wann man wieder dazu kommen werde. In Rußland seien Erträge in der Höhe des Anlagekapitals eingekommen, doch habe man infolge der verworrenen Zustände in der Ukraine nur einige 100 000 M. gerettet. Völlig ungewiß lägen die Verhältnisse in England. Die das Aktienkapital erheblich übersteigenden Beträge seien bei Public Trustee hinterlegt. Es sei anzunehmen, daß die englische Regierung diese Beträge auf Kriegsschadenersatzansprüche in Anrechnung bringen werde. Auf eine weitere Tätigkeit in England und Rußland sei nicht mehr zu rechnen. Sollten die Verhältnisse später wieder günstiger liegen, so stehe einer Wiedererrichtung des Unternehmens nichts im Wege. Der Antrag auf Liquidation wurde einstimmig angenommen. on.

In der außerordentlichen Generalversammlung der **Merckschen Guano- und Phosphatwerke A.-G.**, Hamburg, stellte die Verwaltung entgegen dem früheren Beschluß, das Aktienkapital um 1½ Mill. M. zu erhöhen, den Antrag, vorläufig nur eine Vermehrung um 1 Mill. auf 3½ Mill. M. vorzunehmen. Diese wurde einstimmig genehmigt. Die jungen, für 1919 zur Hälfte dividendenberechtigten Aktien sollen zu 130% ausgegeben werden. Die neuen Mittel dienen zum Erwerb der Chemischen Werke Schönebeck. Im laufenden Betriebsjahr sei durch den Erwerb von Schönebeck, welches Werk sich hauptsächlich mit Superphosphat- und Schwefelsäureherstellung beschäftigt und auch dem Kalisyndikat angeschlossen ist, eine bedeutende Erhöhung des Kontingents möglich. Es sei mit einer höheren Dividende (i. V. 6%) zu rechnen. Später müsse aber mit einer Abschwächung gerechnet werden, da die Werke infolge des Fehlens der Superphosphateinfuhr aus Belgien und Frankreich nur auf den geringen deutschen Bestand angewiesen sind. on.

**Der Zuckerrübenbau im Betriebsjahr 1919—1920.** Nach einer Verordnung des Reichsernährungsamtes sind rübenverarbeitende Zucker- und Rübensaftfabriken berechtigt, von Rübenbauern, die ihnen Zuckerrüben aus der Ernte des Jahres 1916 zu liefern verpflichtet waren, für das Erntejahr 1919 Lieferung von Zuckerrüben von einer gleich großen Anbaufläche wie 1916 zu verlangen. Die Genehmigung zum Brennen von Zuckerrüben darf von dem zuständigen Amt nur im Einvernehmen mit der Reichszuckerstelle erteilt werden. Sie ist in der Regel zu erteilen für Zuckerrüben, die durch Mehranbau gegenüber dem Jahre 1917 gewonnen werden, sowie für Zuckerrüben, von denen anzunehmen ist, daß ihre Verwertung in Zuckerfabriken oder Rübensaftfabriken wirtschaftlich nicht möglich ist. Rübenverarbeitende Zuckerfabriken dürfen von den zuckerhaltigen Futtermitteln, die sie im Betriebsjahr 1919/20 herstellen, vorbehaltlich etwaiger späterer Erhöhung, an die rübenliefernden Landwirte zurückliefern: 1. 85%

des Gesamtgewichts der anfallenden nassen Schnitzel in Form von nassen Schnitzeln oder die entsprechende Menge in Form von Trockenschnitzeln oder Melasseschnitzeln oder 50% des Gesamtgewichts der anfallenden Zuckerschnitzel; 2. Rohzuckermelasse im Gesamtgewichte von 3/8% der gelieferten Rüben. II.

## Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

### Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

**Die Arbeiterfrage in den englischen Kohlengebieten.** „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge erfährt die „Times“ aus Cardiff: Es kann mit der Möglichkeit ernster Unstimmigkeiten im Kohlengruben von Wales gerechnet werden, wenn nicht mit Takt vorgegangen wird. Die Grubenarbeiter, die im Heeresdienst standen, werden zu schnell demobilisiert und können nicht rasch genug wieder untergebracht werden. Als Folge davon droht die Gefahr von Arbeitslosigkeit. Die Bergwerksbesitzer erwägen durchgreifende Maßregeln, nämlich die Entlassung von vielen Tausenden Arbeitern, die seit August 1914 in den Dienst traten. Eine ansehnliche Anzahl dieser Leute versuchte sich durch Arbeit in den Bergwerken dem Heeresdienst zu entziehen. Erste Zeichen von Unzufriedenheit traten im Rhodddagebiet zutage, wo 3000 Arbeiter streikten, um die Lage zu besprechen. on.

## Gewerbliche Fragen.

### Gewerblicher Rechtsschutz.

**Nachzahlung gestundeter Patentjahresgebühren.** Nach einem Bescheid des Präsidenten des Patentamtes brauchen die auf Grund der Kriegsverordnungen gestundeten Gebühren für die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern nicht nachgezahlt werden, sofern der Inhaber des Schutzrechtes zu dessen Preisgabe entschlossen ist. Die gestundeten Gebühren sind dann nachzuzahlen, wenn das Schutzrecht über die Stundungszeit hinaus aufrecht erhalten werden soll. (Blatt 1918, 98.)

**Zum Begriff der Erfindung, technischer Fortschritt, wirtschaftliche Gesichtspunkte.** Die Anmeldung war zurückgewiesen, weil die Anordnung als das Ursprüngliche aufgefaßt wurde. Nur wegen der offensichtlichen, durch Aufstellung mehrerer Ausdehnungsgefäße eintretenden Kosten, Wärmeverlust, Platzbedarf, sei die Anordnung nicht verwirklicht worden. Für die Richtigkeit dieser Anschauung waren keine Beweise oder Anhaltspunkte beigebracht worden. Daher kann die Abweisung hierauf nicht gegründet werden. Häufig nimmt die Entwicklung der Technik einen Verlauf, der von der rückblickenden Annahme verschieden ist und als schwer verständlicher Umweg erscheint. In welchem Maße die erreichten Vorteile durch höhere Anlagekosten und ähnliche Nachteile aufgewogen werden, ist nur im Einzelfalle zu entscheiden. (Beschw.-Abt. II, 30/9. 1918; Blatt 1918, 100.)

**Aktenheimsicht.** Der Einsprechende ist am Verfahren über die Geheimhaltung von Aktenstücken prozessual nicht beteiligt. Der Einspruch richtet sich gegen die Erteilung des Patentes. Alle Gegenstände, welche nicht patentiert werden sollen, berühren das Prozessualrecht der Einsprechenden in keiner Weise. Der Einsprechende hat nicht Anspruch, den Beschluß über die Geheimhaltung der Akten zu erhalten. Die Zustellung würde den Anspruch des Anmelders auf Geheimhaltung verletzt haben, weil aus den Gründen unter Umständen auf die Natur der geheim zu haltenden Gegenstände geschlossen werden kann. (Beschw.-Abt. I, 19/1. 1918; Markensch. u. Wettb. 18, 42.)

**Zustellung.** Eine juristische Person kann entsprechend § 28 Absatz 2 kaiserlicher Verordnung nicht zum Zustellungsbevollmächtigten ernannt werden, weil er echter Vertreter ist. Die an die juristische Person als Zustellungsbevollmächtigten stattgehabte Zustellung ist ungültig. (Beschw.-Abt. I, 2/3. 1918; Markensch. u. Wettb. 18, 43.) J. E.

### Neue Verfahren und Ersatzstoffe.

**Neues Vergällungsmittel für Spiritus.** Die Aktien-Ges. „Union Co.“ in Norwegen hat laut „Papir-Journalen“ vom 28./11. 1918 ein Patent für eine neue Art der Vergällung von Spiritus erlangt. Das neue Mittel habe vor allen anderen den Vorzug, daß es im Lande in hinreichenden Mengen und für mäßigen Preis zu erhalten wäre; man könne nämlich ohne weiteres rohe Nebenprodukte aus den Zellstofffabriken anwenden. Ein besonders geeignetes Material sei schon das bei der Destillation von Terpentin erhaltene Nebenprodukt. Der auf diese Weise vergällte Spirit habe einen unangenehmen Geruch und Geschmack, aber die Giftigkeit sei bedeutend geringer als die des mit Methylalkohol denaturierten Spiritus. (Nachrichten 203, 18.) Gr.

## Tagesrundschau.

Um die wirtschaftliche Ausdehnung Frankreichs in Lothringen zu beschleunigen, plant der französische Kommissar in Metz eine **Musterausstellung** aller französischen Produkte, welche Lothringen interessieren könnten. (Temps, 14./12. 1918<sup>1</sup>). *dn.*

**Preisaufrage.** Zur Förderung des Einsammelns und Anbaues einheimischer Pflanzen und ihrer Verwendung an Stelle ausländischer Drogen hat die Deutsche Hortus-Gesellschaft in ihrer am 2./11. 1918 in München stattgefundenen Hauptversammlung beschlossen, einen Preis von 1000 M für eine **Experimentalarbeit zur chemischen Erforschung der wichtigsten Bestandteile des Hirtentäschelkrautes** (*Capsella bursa pastoris*) auszusetzen. Der Schilderung der eigenen Forschungsergebnisse hat eine beurteilende Zusammenstellung der früheren Arbeiten auf diesem Gebiete voranzugehen. Bei der Beschreibung der chemischen Bestandteile ist deren Darstellungsweise so eingehend anzugeben, daß darnach größere Mengen zur Ermittlung der pharmakologischen Wirkung und für die Anstellung von Versuchen zur therapeutischen Verwendung hergestellt werden können. Die Arbeit ist bis zum 31./12. 1919 beim zweiten Vorsitzenden der Deutschen Hortus-Gesellschaft, Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Theodor Paul in München, Karlstraße 29, unter Beifügung eines verschlossenen Briefumschlages einzureichen, der auf der Außenseite mit einem Sinnspruch versehen ist und die Anschrift des Verfassers enthält. Der Abhandlung sind größere Proben der dargestellten Präparate beizugeben. *on.*

## Personal- und Hochschulnachrichten.

Die französischen Universitäten sind zur Verleihung des Dokortitels ermächtigt worden. Gleichzeitig wurde ihnen die Befugnis erteilt, an Ausländer, die sich um Frankreich, die Künste und Wissenschaften oder die verleihende Hochschule verdient gemacht haben, den Titel eines Doktors honoris causa zu verleihen.

Es wurden berufen: Ing. Chem. Dr. Ernst Berl, Leiter der Pulverfabrik Blumau, als Ordinarius für technische Chemie und Elektrochemie an die technische Hochschule Darmstadt; Prof. Dr. phil. u. chem. J. Plotnikow, früher Ordinarius und Direktor des chemischen Laboratoriums an der Universität Moskau, als Leiter des Wissenschaftlich-photochemischen Laboratoriums der A.-G. für Anilinfabrikation, Berlin; Maurice Leblanc und A. Rateau zu Mitgliedern der Abteilung der Sciences appliquées à l'Industrie der Académie des Sciences in Paris.

### Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

J. B. Lindström trat in die Dienste der elektrochemischen Fabrik Uddeholms A.-B., Skoghall bei Karlstadt.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Siegfried Flatow, Danzig-Langfuhr und Direktor Arnold Langelddecke, Danzig-Neufahrwasser, bei der Zucker-Raffinerie Danzig; Ing. Johannes Lühne, Dresden, und Fabrikant Wilhelm Besenbruch, Meerane i. S., bei der Firma Deutsche Faserstoffwerke G. m. b. H., Meerane; Louis Guthmann, Düsseldorf-Obercassel, bei der Firma Rheinische Putzmittelindustrie G. m. b. H., Düsseldorf; Hubert Kochs jr., Aschaffenburg, bei der Firma Hubert Kochs jun. G. m. b. H., Fabrik chemisch-technischer Produkte, Aschaffenburg; Dr. Heinrich Schick, Breitscheid, bei der Westerwälder Tonindustrie G. m. b. H., Paderborn, Dillkr.

Prokura wurde erteilt: Jonkheer Dr. jur. E. C. U. van Doorn, für die Koninklijke Staerine Kaarsenfabriek Gouda; Dr. Wilhelm Glahn und Richard Liebe, beide in Magdeburg, für die Sacharin-Fabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List & Co., Magdeburg; Direktor Kurt Röhr, Groß-Salze und Paul Ring, Schönebeck, für die Oberschlesische Sprengstoff-A.-G., Abt. Schönebeck a. E.; Ingenieur Wilhelm Schröder und Otto Gontermann, beide in Werdohl, sowie Ingenieur Walter Nöh, Vorhalle, für die Stahlwerke Brüninghaus A.-G., Werdohl; Adolf Stubbemann, Essen, und Alfred Köhler, Essen, für die Rheinische Gummi-Asbest- und Packungsindustrie August Börnke, Essen.

Gestorben sind: Kaufmann und Chemiker Otto Büchler, Breslau, am 22./12. 1918 im 36. Lebensjahre. — Fideikommißbesitzer Albert von Burgsdorff, der seit dem Jahre 1899 dem Grubenvorstande der Gewerkschaft Unser Fritz angehört hatte und im Jahre 1918 beim Übergang dieser Zeche in den Besitz der Mannesmannröhren-Werke in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eingetreten war. — Direktor Georg Hirsch, Vorstandsmitglied der Sächsischen Glasfabriken Radeburg bei Dresden. — Hermann Horn, Holzstofffabrikant, Goslar a. Harz, am 13./12. 1918 im Alter von 69 Jahren. — Kommerzienrat Karl Hromadnik, Papierfabrikant in Pasing, am 23. 12. 1918 im Alter von 62 Jahren. — Dr. Adolf Keerl, Direktor der Papierfabrik Ferdinand Flinsch, Freiburg i. B., am 27./12. 1918. — Dr. Herbert von Meister, Aufsichtsratsmitglied der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, Höchst a. M., am 2./1. 1919. — Chemiker und Fabrikbesitzer Hermann Neumeister, Inhaber der Chemischen Fabrik Neumidolwerke Leipzig-Lindenau, Ritter pp., am 5./1. 1919. — Otto Poensgen, Inhaber der Firma Poensgen & Co., Papierfabrik Kieppemühle, Berg-Gladbach, am 30./12. 1918. — Alfred Siersch, technischer Direktor i. R. der Dynamitfabrik Nobel, am 25./11. 1918 im Alter von 78 Jahren.

## Bücherbesprechungen.

**Tabellen zum Englerschen Viscosimeter.** Von Prof. Dr. Leo Ubbelohde. Zweite Auflage. Leipzig 1918. S. Hirzel. geb. M 3,50 + Teuerungszuschlag.

Diese Tabellen zur Verkürzung der Versuchsdauer bei Benutzung des Viscosimeters nach Engler erscheinen unverändert in zweiter Auflage — ein Beweis dafür, daß sie sich in jeder Ölprüfungsstation als äußerst nützlich erwiesen haben. *Fürth.* [BB. 228.]

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

**Zusammenschluß der Laboratoriumsassistentinnen.** Während in Norddeutschland die Assistentinnen an chemisch-bakteriologischen und röntgenologischen Laboratorien schon seit längerer Zeit in einem Verbands zusammengeschlossen sind, fehlte für Mittel- und Süddeutschland eine derartige Interessenvertretung. Um insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Übergangs- und Friedenswirtschaft die Interessen dieser Hilfskräfte sachgemäß vertreten zu können, hat sich Mitte Dezember in Stuttgart unter dem Namen: „Süddeutscher Verband chemischer, bakteriologischer und Röntgen-Assistentinnen“ ein Verein gebildet, der sich die Wahrung der Berufsinteressen seiner Mitglieder zum Ziele gesteckt hat. Mit dem Verbands soll eine unentgeltliche Stellenvermittlung verbunden werden. Weitere Anmeldungen nimmt entgegen Fräulein Frieda Haufler, Stuttgart, Olgastr. 69c, die auch zu jeder weiteren Auskunft bereit ist. *ar.*

# Verein deutscher Chemiker.

## Nachruf.

### Dr. Rudolf Oehler †.

Gestorben am 26./12. 1918 in Offenbach a. M.

Oehler wurde geboren am 21./7. 1885 in Offenbach am Main als Sohn des Geheimen Kommerzienrates Oehler, des Inhabers der Anilin- und Anilinfarbenfabrik K. Oehler. Er studierte in Karlsruhe und Dresden und promovierte mit einer Arbeit über Dinitrile bei Ernst v. Meyer. Nach einer eininhalbjährigen Reise um die Erde war er längere Zeit Assistent bei Prof. Schultz in München und Geheimrat v. Meyer in Dresden und trat dadurch in

Beziehungen zu einer größeren Anzahl von Studierenden. Seit Beginn des Krieges im Felde, hatte Oehler mehrfach Gelegenheit sich auszuzeichnen. Später war er Lehrer für Gasschutz in Karlsruhe, Leverkusen, Dessau und Kammersdorf, schließlich wurde er Gasschutzoffizier bei einem Armeeoberkommando im Westen. Kaum aus dem Felde heimgekehrt, wurde er von der Grippe befallen, der er am 26./12. in seiner Vaterstadt erlag. Lautem Wesen abhold und von Jugend an ernsten Sinnes, war er bei allen, die mit ihm in Berührung kamen, beliebt und vielen ein hilfsbereiter Freund.